



öffentlich

Betreff:

Durchsetzung Rauchverbot an Haltestellen

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 17.11.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.12.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung hält daran fest, ein Rauchverbot in den Haltestellenbereichen des öffentlichen Nahverkehrs durchzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Verkehrsbetrieb eine Kampagne für ein Rauchverbot in den Haltestellenbereichen vorzubereiten.

Dazu sollten auch Erfahrungen aus anderen Kommunen in der Bundesrepublik genutzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2017 über den Stand der Vorbereitung dieser Kampagne zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Trotz mehrerer Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung für ein Rauchverbot im Bereich öffentlicher Haltestellen konnte ein solches bisher nicht umgesetzt werden. Aufrufe durch Bodenbeschriftung in Haltestellenbereichen erwiesen sich in mehrfacher Hinsicht als wirkungslos. Deshalb sollte ein neuer Ansatz gesucht und unter Nutzung von Erfahrungen anderer Kommunen eine wirksame Kampagne entwickelt werden.